mehr grün(e) für groß-umstadt !

GRÜNES Programm für die Wahlperiode 2016-2021

Unser Leitbild – Nachhaltigkeit

Groß-Umstadt ist auf dem Weg zu mehr sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit – wir müssen gemeinsam zielstrebig weitergehen!

Wir leben in „einer“ Welt und nicht auf einer Insel. Hitzewellen, Dürren, Überschwemmungen, Orkane, Klimawandel, Profitstreben gefährden die Lebensgrundlagen weltweit und auch bei uns. Kriege, Hunger, Elend und Flüchtlingsströme sind die Folge. Ein Teil der Ursache sind wir und wir müssen zur Lösung beitragen.

Soziale Not und fehlende Chancen gibt es auch bei uns. Wir wollen gleiche Chancen für alle – Kinder, Junge und Alte, Frauen und Männer, Migranten, Behinderte, hier und überall. Dabei sind die starken Schultern besonders gefordert.

Der Wachstumswahn mit einem Ressourcenverbrauch auf Kosten unserer Kinder und der Entwicklungs- und Schwellenländer muss schrittweise in eine ökologische Ökonomie überführt werden – global, national und lokal. Fairtrade-Stadt und Lokale Agenda 21 sind gute Ansätze, wir wollen sie fördern und fortentwickeln.

Durch Rückzug aus der Gesellschaft, Verzicht auf Wahlrecht und auf bürgerschaftliche Teilhabe verarmt unsere Kommune. Wir brauchen das Engagement Vieler in Beruf, Familie, Gesellschaft und Politik. Wir müssen eine Streitkultur entwickeln, die alle Argumente und Interessen – auch der Wehrlosen, Stillen und Resignierenden – einfordert, anhört und einbindet. Wir brauchen alle!

Sozial denken – keiner ist allein!

Auf die Herausforderungen Integration und Inklusion, Bedürftige und Kinderreiche, Flüchtlinge und Migration sowie Demografischer Wandel müssen wir kommunalpolitische Antworten finden. Ein Runder Tisch mit den Betroffenen, Beteiligten und Verantwortlichen

soll Bedarf und Möglichkeiten ermitteln und ein 5-Jahresprogramm erarbeiten, das die neue Stadtverordnetenversammlung beschließt.

Wir brauchen einen „Pakt für den Nachmittag“ mit einer kind- und bedarfsgerechten, flexiblen und bezahlbaren Betreuung der Schulkinder bis 17.00 Uhr – nicht nur an Modellschulen, sondern flächendeckend in der Kernstadt und in allen Ortsteilen.

Eine große Herausforderung in den nächsten 5 Jahren wird die Inklusion in den Kindergärten, Grundschulen und Vereinen sein. Zusätzliche Schwerpunkte bilden die Sprachförderung und die Integration der Flüchtlinge und Zuwanderer. Hier ist das Ehrenamt gefordert und zu fördern, aber ebenso muss auch unsere Kommune durch Initiativen, Organisationshilfe und Geldmittel tätig werden.

Jugendverbände und Jugendabteilungen mit eigener Satzung erhalten künftig eine Basisförderung für ihre eigenverantwortliche Tätigkeit in Form einer Pauschale. Für die Jugendarbeit sind die erforderlichen Räumlichkeiten gesichert bereit zu stellen.

Das JUZ sollte zu einem Jugend- und Kulturzentrum weiterentwickelt werden. Dort können auch nicht kommerzielle Kulturveranstaltungen stattfinden. Der offene Betrieb der KiJuFö sollte weiterlaufen und an den Bedarf – z.B. jugendliche Flüchtlinge, Über-18jährige – angepasst werden.

Wohnen, Wirtschaft und Verkehr – Lebensqualität verbessern!

Gewerbeansiedlungen und wohnortnahe Arbeitsplätze verringern den Verkehrsbedarf und stärken die Wirtschaftskraft Groß-Umstadts. Wir brauchen bezahlbaren Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. Ein Verkehrskonzept für Groß-Umstadt mit seinen Ortsteilen muss die richtigen Anreize setzen – mit einer Hierarchisierung innerorts: ÖPNV, ergänzt durch Ruftaxis, Fußgänger und Radfahrer vor motorisiertem Individualverkehr. Es soll Spaß machen, durch Groß-Umstadt zu flanieren: dazu Erprobung einer Fußgängerzone im Sommerhalbjahr abends und an den Wochenenden rund um den Marktplatz und in der Georg-August-Zinn-Straße (im „Festbereich“).

Wichtig sind uns:

- die Umsetzung eines umfassenden Fahrradverkehrskonzepts ▸ mit Radwegstreifen auf allen stark befahrenen Straßen ▸ mit ganzjähriger Durchsetzung des Parkverbots, ▸ mit Radparkplätzen – an den Bahnhöfen und Busknotenpunkten auch abschließbar
- Haltezonen für Fahrräder zur bevorrechtigten Einfahrt in die Kreuzung Georg-August-Zinn-/ Carlo-Mierendorff-/ Realschulstraße
- Förderung von Park-and-ride, Beendigung des „Schwarzer-Peter-Spiels“ am Bahnhof Wiebelsbach
- Erprobung von Carsharing am Bahnhof und am Rathaus Groß-Umstadt, Mitnutzung durch die Stadtverwaltung.
- Bessere und durchgängige Beschilderung der lokalen Radwege

Auch die wachsende Zahl der Älteren benötigt unsere Aufmerksamkeit. Alternativ und ergänzend zu Seniorenwohnheimen sind mehr Möglichkeiten und Anreize zur Integration und zur Teilhabe in der Gesellschaft zu schaffen: zum Beispiel Wohn- und Betreuungsprojekte, Familienzentren und Treffpunkte – Generationen übergreifend.

Kultur für jung und alt, für Einheimische und Fremde – für alle! Vielfalt und Ideen sind die Antwort: ohne Ehrenamt und Vereine geht es nicht!

Wir können stolz sein auf das Markenzeichen „Kulturhauptstadt des Kreises“ – es ist das Verdienst Vieler. Für Kreativität und Ideen sollte weiter Raum sein. Organisation und Finanzierung werden von der Stadt unterstützt.

Die Kultur treibenden Vereine stärken die Vielfalt und sollen gezielt gefördert werden. Ebenso interkulturelle Veranstaltungen auch als Mittel zur Integration der Flüchtlinge. Fremde, Flüchtlinge, Ausländer, Besucher – alle sind uns willkommen und bereichern unsere Stadtgesellschaft.

Wir wollen das Raumangebot für kulturelle Veranstaltungen erweitern.

Das Umstädter Schwimmbad muss bleiben. Wir wollen mitarbeiten an einem Konzept für den Erhalt und für einen bedarfsgerechten und wirtschaftlicheren Betrieb.

Unsere natürlichen Ressourcen schützen und erhalten!

Boden- und umweltschonende Land-, Forstwirtschaft und Weinbau sind zu fördern, sie tragen zur sicheren regionalen Versorgung mit hochwertigen Produkten bei. Der Flächenverbrauch ist einzugrenzen und nachhaltig zu planen. Groß-Umstadt wird zur Gentechnik freien Zone erklärt. Kleingärten sind zu erhalten und Neue auszuweisen.

Das 2013 beschlossene Klimaschutzkonzept muss umgesetzt und mit dem erforderlichen Personal und Geld ausgestattet werden. Es darf nicht im Sande verlaufen. Hierfür ist mindestens eine halbe Personalstelle im Rathaus notwendig. Solaranlagen auf Dächern und Energieeffizienzverbesserung der Gebäude im städtischen, gewerblichen und privaten Bereich müssen weiter gefördert werden.

Das Grundwasser, insbesondere im Trinkwassereinzugsbereich, ist wirksam vor Schadstoffeintrag zu schützen. Die geplante Denitrifizierungsanlage kann nur eine Übergangslösung sein. Ökolandbau und Dauerkulturen ohne Düngung und Pestizide leisten einen wichtigen Beitrag. Landwirtschaftliche Nutzflächen in städtischem Besitz sind gezielt hierzu einzusetzen, ggf. aufzukaufen oder einzutauschen.

Klärschlamm enthält wertvolle Rohstoffe, aber auch Gifte. Daher soll eine Entsorgung des Klärschlamms durch eine Pyrolyse-Anlage mit Phosphor-Rückgewinnung erfolgen, zum Betrieb der Anlage könnte ein Zweckverband gegründet werden.

Wir wollen Grünzonen in der Stadt und insbesondere den Neubaugebieten entwickeln, Streuobstwiesen erhalten und Feuchtwiesen schützen.

Städtische Finanzen konsolidieren und Effizienz verbessern!

Wir wollen mit allen Fraktionen und der Bürgerschaft einen „Pakt zur Konsolidierung der städtischen Finanzen“ schließen. Wir geben künftig im Haushalt nicht mehr aus, als wir einnehmen. Gegen das jährliche Auf und Ab der Steuereinnahmen und Umlagen ist ein Puffer einzuplanen. Damit schaffen wir Handlungsspielraum für neue Herausforderungen, zugleich tragen wir die bestehende finanzielle Hypothek wieder ab, die zu Lasten der Generationengerechtigkeit geht.

Wir beraten erneut mit allen Fraktionen über eine Nachhaltigkeitssatzung für die künftigen Haushalte. Investitionen in die Zukunft sollen nach sorgfältiger Prüfung der Alternativen und der Folgekosten weiterhin durch Kredite teilfinanziert werden können. Das städtische Anlagevermögen in Straßen, Gebäuden, Sportanlagen ist durch Einplanung ausreichender Geldmittel zu erhalten. Für periodische Grundinstandsetzungen sind Rücklagen zu bilden.

Bei der konzipierten Rathausreform ist das hohe Potenzial der kompetenten, verantwortungsbewussten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter optimal zu nutzen und zu fördern. Sie sollen mit klaren Zielvorgaben, einem hohen Maß an Selbständigkeit und in Eigenverantwortung mit Freude auf gut ausgestatteten Arbeitsplätzen arbeiten können, sich dabei aber ihrer herausgehobenen Funktion im öffentlichen Dienst für die Bürgerinnen und Bürger bewusst sein.

Alle Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit sind zu nutzen, dies gilt besonders auch für die Stadtwerke. Mittels Kennzahlen und Benchmarking untermauern alle Fachbereiche ihre Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit. Der in der freien Wirtschaft bewährte „Kontinuierliche Verbesserungsprozess“ (KVP) ist als Teil eines Qualitätsmanagements einzuführen. Bei Bedarf sind die Prozesse extern zu unterstützen.

Nur Transparenz bei der Entscheidungsfindung durch die Politik und bei der praktischen Umsetzung durch die städtische Verwaltung ermöglicht den Bürgerinnen und Bürgern Mitwirkung und Kontrolle. Wir sehen darin ein wirkungsvolles Mittel gegen Politikverdrossenheit, Vetternwirtschaft und Rückzug ins Private.

Unser Gemeinwesen braucht das Mitdenken und Mitmachen aller Demokraten.

Am 6. März ist Wahl.
Die „Partei der Nichtwähler“ darf nicht erneut die Wahl gewinnen!